

AIDS UND DIE GRUNDSICHERUNG

Helga Exner-Freisfeld

EIN WEGWEISER



Boehringer
Ingelheim

Team HIV



Boehringer
Ingelheim

Team HIV

AIDS UND DIE GRUNDSICHERUNG

Helga Exner-Freisfeld



Boehringer
Ingelheim

Team HIV



Helga Exner-Freisfeld, Jahrgang 1934, Internistin, Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizinerin. Studium in Frankfurt am Main. Langjährige Tätigkeit in der Renten- und Rehabilitationsbegutachtung bei der LVA Hessen. Sie hat sich schon seit Beginn der Erkrankung 1982, d.h. den ersten AIDS-Fällen in der Universitätsklinik Frankfurt, intensiv für die psychosozialen Probleme der Patienten interessiert und persönlich eingesetzt. Sie ist in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nun schon seit über 20 Jahren stark engagiert und versucht, sozialmedizinische Fragen für AIDS-Kranke lösen zu helfen. Diese Problematik hat sie in mehreren Büchern, zuletzt 2001, mit dem Titel „Soziale Absicherung bei HIV und AIDS“ beschrieben.

Als Vorstandsmitglied der AIDS-Aufklärung e.V. in Frankfurt am Main hat sie jetzt (2003) erneut den Text zur bereits vergriffenen Broschüre „Informationen zu AIDS in der Arbeitswelt“ überarbeitet.

	Seite
<u>Vorwort</u>	<u>7</u>
<u>Finanzielle Situation der Rentner</u>	<u>8</u>
<u>Beitragssatzentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung</u>	<u>9</u>
<u>Altersvermögensgesetz mit 3 Kernpunkten</u>	<u>9–10</u>
<u>Bedeutung der Grundsicherung für AIDS-Kranke</u>	<u>10–11</u>
<u>Träger der Grundsicherung und Information durch die Rentenversicherung</u>	<u>11–12</u>
<u>Überblick über die acht Paragraphen des GSiG</u>	<u>12–16</u>
<u>Berechnungsbeispiel für die Grundsicherung</u>	<u>16–17</u>
<u>Zusammenfassung der gesetzlichen Regelungen</u>	<u>17</u>
<u>Ziel der Neuregelung durch das GSiG</u>	<u>18</u>
<u>Fazit</u>	<u>19</u>
<u>Literatur</u>	<u>19</u>
<u>Adressen</u>	<u>21–32</u>

Für AIDS-Kranke, die oft schon in jungen Jahren erwerbsgemindert sind, kann die Grundsicherung zur finanziellen Unterstützung beitragen. Da diese Patienten aufgrund ihres Alters meist nicht lange genug Rentenversicherungsbeiträge leisten konnten, ist ihre Rente oft gering, sodass zusätzlich die Grundsicherung zum Tragen kommt.

Die bedürftigkeitsorientierte Grundsicherung ist eine eigenständige soziale Leistung, die aus Steuermitteln finanziert wird. Damit ist sie unabhängig von einer finanziellen Eigenleistung. Die Grundsicherung ist keine Versicherungsleistung, da sie steuerfinanziert und damit weder eine „Ersatz-“ noch eine „Mindestrente“ ist.

Als fürsorgeähnliche Leistung soll sie für dauerhaft erwerbsgeminderte AIDS-Kranke ab dem 18. Lebensjahr den grundlegenden Lebensunterhalt sichern. Leistungen der Grundsicherung sind gegenüber den Leistungen der **Hilfe zum Lebens-Unterhalt (HLU)** nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) stets vorrangig. Die HLU als Sozialhilfeleistung kommt für AIDS-Kranke nur dann in Betracht, wenn die Grundsicherung für den konkreten Bedarf keine Absicherung vorsieht oder die Absicherung vom GSIG der Höhe nach nicht ausreicht. Die Leistung im Rahmen des GSIG ist in jedem Fall abhängig von der Bedürftigkeit.

In diesem Wegweiser möchte ich anhand der acht Paragraphen des Grundsicherungsgesetzes (GSIG) darlegen, wie die „bedarfsorientierte Grundsicherung“ geregelt ist.

Durch die Sicherung der materiellen Existenzgrundlage können AIDS-Kranke, wenn meist auch nur auf niedrigerem Niveau, weitgehend ihren Lebensstandard halten.

Durch die verbesserte finanzielle Situation kann außerdem eine gesellschaftliche Ausgrenzung in gewissem Umfang vermieden werden.

Dr. med. Helga Exner-Freisfeld,
Oberursel im Mai 2003

Finanzielle Situation der Rentner

Da die Renten in unserem Sozialversicherungssystem über Umlagen aufgebracht werden, werden angesichts der demographischen Entwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit nicht mehr genügend Erwerbstätige vorhanden sein, die die Kosten der Renten für die jeweilige Rentnergeneration aufbringen können.

Die nettolohnbezogene Rentenanpassung – wie in den Jahren ab 1992 – wird es in Zukunft **nicht** mehr geben. Die Renten werden zwar nach wie vor den Löhnen angepasst. Es gibt jedoch statt der „**nettobezogenen**“ Anpassung nunmehr eine „**Bruttoanpassung**“. Dies bedeutet, dass steuerliche Veränderungen, ebenso wie Änderungen der Beitragssätze zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung die Höhe der Rentenanpassung künftig **nicht** mehr beeinflussen.

Die Belastungsveränderungen bei den Rentenversicherungsbeiträgen sowie der Aufwand für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge werden natürlich weiterhin berücksichtigt. Ein **Anstieg** des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie des Altersvorsorgeanteils zur privaten Altersvorsorge **dämpfen** die Rentenanpassung und umgekehrt. Weniger staatliche Rente verlangt mehr private Vorsorge.

Wenngleich die Rentenversicherung auch weiterhin ein wichtiges Standbein für die Altersvorsorge ist, so ist die umlagenfinanzierte Rente in Zukunft nicht dazu geeignet, um der wachsenden Zahl von Rentnern auch langfristig eine ausreichende Rente zahlen zu können, ohne die Erwerbstätigen mit unverträglich hohen Beitragssätzen zu belasten. Will man auch im Alter einen angemessenen Lebensstandard beibehalten, so wird Eigeninitiative für eine private Vorsorge immer wichtiger.

Die **solidarisch** finanzierten Systeme drohen sich zwischen den Mühlsteinen **sinkender Einnahmen** in der gesetzlichen Kranken- sowie der gesetzlichen Rentenversicherung und den ständig wachsenden Ausgaben zu zerreiben.

Beitragsatzentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Zur Sicherung der für die Finanzierung der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlichen Beiträge sind die Beitragsätze zur Rentenversicherung von 19,1% auf **jetzt 19,5% im Jahr 2003** angehoben worden. Bis zum Jahr 2030 rechnet man sogar mit Beitragsätzen von 20–25%. Für die Zukunft sind zur Rettung des deutschen Sozialversicherungssystems die Stärkung der **Eigenverantwortung** der Bürger und eine familiengerechte Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme hoffentlich ein gangbarer Weg, um das Rentenniveau zu halten.

Altersvermögensgesetz mit 3 Kernpunkten

Das Altersvermögensgesetz (AVmG) von 2001 besteht aus **3 Kernpunkten**:

1. Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge
2. Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
3. Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß dem Grundsicherungsgesetz (GSiG)

Zu 1.

Da die **gesetzliche Rentenversicherung nicht** mehr für ein Alter **ohne Geldsorgen** ausreicht, tut private Vorsorge Not, um die immer niedriger ausfallende Höhe der zu *erwartenden Renten* durch **Eigenleistungen** aufzustoßen. Die **Zusatzvorsorge** stellt also einen wesentlichen Eckpfeiler der Rentenreform dar. Dem Aufbau ergänzender **kapitalgedeckter Altersvorsorge** wird künftig eine größere Bedeutung zugemessen werden.

Das Zauberwort ist die kapitalgedeckte private Altersvorsorge, die staatlich seit 01. Januar 2002 bezuschusst werden kann, die sog. „**Riesenterrente**“. Nach dem AVmG wird jedem arbeitenden Menschen geraten, in Eigeninitiative eine **zusätzliche private Altersvorsorge** aufzubauen.

Nicht nur die Sparverträge, sondern auch Zinsen und Erträge sind in der Ansparphase für die private Altersvorsorge steuerlich freigestellt.

Es ist aber **zu bedenken**, dass im Gegensatz zur Kapital-Lebensversicherung eine „**nachgelagerte Besteuerung**“ der monatlichen Leistungen in der Auszahlungsphase erfolgt. Dies gilt nur dann, wenn das zu versteuernde Einkommen die Grundfreibeträge übersteigt.

Zu 2.

Eine Verbesserung der Alterssicherung ist bei der künftig nicht mehr ausreichenden gesetzlichen Rente über eine **private** oder **betriebliche** Altersvorsorge möglich, die vom Staat mit Zulagen und Steuervorteilen gefördert wird.

Zu 3.

Als **verschämt arm** gelten **alte** Menschen, wenn sie z. B. bei niedrigen Rentenbezügen **ihre Sozialhilfeansprüche nicht** geltend machen.

Die Einbuße bei der Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung kann durch ergänzende Sozialhilfe abgemildert werden. Nach dem AVmG wird statt der bisher gewährten Sozialhilfe die **bedarfsorientierte Grundsicherung** den **grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt** decken.

Bedeutung der Grundsicherung für AIDS-Kranke

Von Bedeutung ist die Grundsicherung für AIDS-Kranke, wenn sie in jungen Jahren erwerbsgemindert wurden und dadurch keine ausreichenden Rentenbeitragszahlungen leisten konnten. Der Rentenanspruch ist dann, wenn überhaupt gegeben, durch eine oft sehr niedrige Rente gekennzeichnet.

Durch die Grundsicherung kann die Lebenssituation der erwerbsgeminderten AIDS-Kranken gebessert werden. Patienten können, bedingt durch das aufgehobene Leistungsvermögen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft nicht mehr verdienen. Mit der bedarfsorientierten Grundsicherung erhalten sie eine bessere materielle Eigenständigkeit. Ihre Lebenssituation wird somit, wenn auch auf niedrigem Niveau, verbessert.

Die praktische Durchführung des Grundsicherungsgesetzes (**GSiG**), wird den Kreisen und kreisfreien Städten übertragen. Eine ortsnahe Versorgung mit den Leistungen der **Grundsicherung** wird nur dem Leistungsberechtigten gewährt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.

Die **bedarfsorientierte Grundsicherung**, die mit der Rentenreform 2001 beschlossen wurde, trat am **01.01.2003**

in Kraft. Bislang läuft die Realisierung noch schleppend an. Die Grundsicherung ist eine **eigenständige soziale** Leistung, die bedürftigkeitsorientiert und unabhängig von Vorleistungen ist. Eigenleistungen in Form von **Geldeinlagen** müssen also **nicht erbracht** werden, da alles aus **Steuermitteln** finanziert wird.

Das **Leistungsgesetz** für die **Grundsicherung** ist in § 28a i. d. F. ab 01.01. 2003 im **SGBI** Allgemeiner Teil niedergelegt.*

Träger der Grundsicherung und Information durch die Rentenversicherung

Die Kommunen sind Träger der Grundsicherung, da es sich hierbei um eine fürsorgeähnliche Leistung handelt. Die Rentenversicherungsträger unterstützen die Kommunen allerdings bei ihren Aufgaben, etwa durch Annahme und Weiterleitung der Anträge auf die neue Grundsicherungsleistung. Die **Rentenversicherungsträger informieren und beraten**. So werden alle Rentnerinnen und Rentner, bei denen wegen einer geringen Rentenleistung die Möglichkeit des Anspruchs auf Grundsicherung besteht, darauf hingewiesen. Seit Mitte Oktober 2002 wurden etwa **6,5 Millionen** Rentner in einer **Sonderaktion** angeschrieben, sie erhielten

1. ein **Informationsblatt** und
2. ein **Antragsformular**.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass auch alle angeschriebenen Rentner anspruchsberechtigt sind. Leistungen nach dem GSiG erhält nur derjenige, der seinen Lebensunterhalt **nicht** aus seinem **Einkommen** und **Vermögen** bestreiten kann und damit bedürftig ist.

Bei der **bedarfsorientierten Grundsicherung** geht es im **Kern** um eine (nachträgliche) **Aufstockung bzw.**

* s. Daichau Grüner, Gesundheitsstrukturgesetz (GStrukG) 3. Band, 3.1 Bundesrecht, allgemeiner Teil, SGB 1, S. 24 (1).

Ergänzung niedriger Versicherungsleistungen. Auf möglicherweise bestehenden Anspruch auf die ergänzende Grundsicherung weist der RV-Träger hin, wenn die Rentenhöhe einen im Gesetz definierten Grenzbetrag nicht erreicht, also die Gefahr besteht, dass bei Fehlen weiteren Einkommens oder Vermögens und ausbleibenden ergänzenden Leistungen **Altersarmut** entstünde. Der RV-Träger ist bei Unterschreiten dieses Einkommen-Grenzbetrages, der in § 81 Abs. 1 BSHG mit einem Betrag von **844 EUR** festgelegt ist, zur Übersendung einer umfassenden Information über die Leistungsvoraussetzungen und eines **Antragsformulars verpflichtet**.

Die insgesamt 8 Paragraphen des GSiG haben folgenden Inhalt:

§ 1 Antragsberechtigte

Das Gesetz nennt **zwei** Personengruppen:

- 1.** Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben,
- 2.** Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage aus medizinischen Gründen dauerhaft voll **erwerbsgemindert** sind. Dabei muss es unwahrscheinlich sein, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann. Voraussetzung ist, dass diese Personen ihren „gewöhnlichen Aufenthalt“ im Inland haben. Zum Erhalt der Grundsicherung muss ein **Antrag** gestellt werden.

§ 2 Anspruchsvoraussetzungen

Anspruch auf Leistungen der **beitragsunabhängigen**, bedarfsorientierten Grundsicherung haben Antragsberechtigte, soweit sie ihren Lebensunterhalt **nicht** aus ihrem Einkommen und Vermögen beschaffen können. Für den Einsatz eigenen Einkommens und eigenen Vermögens gelten die Vorschriften des BSHG. Außerdem werden das Einkommen und das Vermögen des in der Hausgemeinschaft

nicht getrennt lebenden Ehegatten und des Partners einer eheähnlichen Gemeinschaft **angerechnet**, soweit es deren eigenen Grundsicherungsbedarf **übersteigt**. Der mit einbezogene Ehegatte bzw. Partner bekommt ebenfalls als Eigenbedarf die in **§ 3 GSiG** aufgeführten Leistungsteile des **maßgebenden Regelsatzes** zuzüglich **15 % des Regelsatzes** eines **Haushaltsvorstandes zugerechnet**. Diese 15 % sollen den einmaligen Unterhaltsbedarf auffangen.

Eingetragene Partnerschaften im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes fallen **nicht** hierunter. Die Leistungshöhe der Grundsicherung entspricht etwa der „**Hilfe zum Lebensunterhalt**“ außerhalb von Einrichtungen in der **Sozialhilfe**.

Das entscheidende **Novum** der **Grundsicherung** gegenüber der **Sozialhilfe** ist, dass ihre Leistungen **unabhängig** vom Einkommen der Angehörigen (Kindern und Eltern) sind, sofern dieses unter **100.000 EUR** liegt. Zugunsten der Antragsberechtigten wird angenommen, dass dies in der Regel der Fall ist. Ist das Einkommen **höher**, so besteht **kein**

Anspruch auf Grundsicherung. Die Betroffenen werden dann auf das Sozialhilferecht verwiesen. Der zuständige Träger der Grundsicherung kann vom Antragsberechtigten Angaben verlangen, die Rückschlüsse auf die Einkommensverhältnisse der Unterhaltspflichtigen (Kinder, Eltern) zulassen.

§ 3 Grundsicherung

Die bedarfsorientierte Grundsicherung kommt für Menschen in Betracht, deren eigenes Einkommen sowie Vermögen nicht ausreichen, den Grundbedarf zu decken.

Die **bedarfsorientierte Grundsicherung** umfasst:

1. den für den Antragsberechtigten maßgebenden **Regelsatz** zuzüglich **15 % des Regelsatzes** eines Haushaltsvorstandes nach dem Zweiten Abschnitt des BSHG. Der **einmalige Bedarf** wird durch eine laufend ausgezahlte Pauschale von **15 %** erfasst. Ist im Einzelfall ein darüber hinausgehender Bedarf vorhanden, der **nicht** mit der Grundsicherung abgedeckt werden kann, so wäre ein zusätzlicher Anspruch auf individuelle Leistungen als der Hilfe zum Lebensunterhalt nur im Rahmen einer

individuellen Aufstockung über den § 21 Abs. 2 des **BSHG** möglich. Hier greift also dann zusätzlich die Sozialhilfe.

2. Die angemessenen **tatsächlichen** Aufwendungen für **Unterkunft** und **Heizung**. Tatsächlich bedeutet, dass diese nicht standardisiert sind, sondern in der bei den einzelnen Personen jeweils **unterschiedlich anfallenden Höhe** übernommen werden. Eine Deckung der Kosten für Wohnungsbeschaffung (Maklergebühren) oder Umzugskosten ist im **GSiG** nicht vorgesehen. Bei **stationärer** Unterbringung sind als Kosten für Unterkunft und Heizung nur Beträge in Höhe der durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für Warmmiete eines **Einpersonenhaushalts** im Bereich des zuständigen Grundsicherungsträgers zugrunde zu legen.

3. Übernahme **Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge** entsprechend § 13 BSHG.

4. **Mehrbedarf** von 20 % des maßgebenden Regelsatzes bei Besitz eines **Schwerbehindertenausweises** mit dem Merkzeichen **G**.

5. Außerdem gehört zur Grundsicherung als **Dienstleistung** die persönliche Hilfe durch Beratung.

Diese Dienstleistungen sind also keine Geldleistungen, sondern reine Beratungs-, Koordinierungs- oder Unterstützungsleistungen, um den Grundsicherungsberechtigten die Durchsetzung ihrer Ansprüche zu erleichtern. Diese sind aber nicht im Sinne einer Verpflichtung der Grundsicherungsämter auszulegen.

Die Grundsicherung umfasst nicht **alle** Leistungen **der Hilfe zum Lebensunterhalt**, sondern nur **die** Leistungen, die in **§ 3 GSiG** einzeln aufgeführt sind.

Anderes gilt für die Leistungen nach dem BSHG:

Nach § 12 BSHG umfasst der notwendige Lebensunterhalt auch Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung als **auch** persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens und, in vertretbarem Umfang, Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben.

Mehrbedarf

Die Abdeckung von Kosten wegen Mehrbedarfs bei kostenaufwendiger Ernährung gehören **nicht** zu dem **Leistungskatalog** des **GSiG**.

Die Mehrbedarfszuschläge bei Behinderung für Krankenkost usw. können evtl. nur als ergänzende Leistungen der **Sozialhilfe** in Frage kommen.*

Für die Gewährung ist außerdem ein ärztliches Urteil nötig.

* s. § 23 BSHG Abs. 4.

Die Summe des insgesamt anzuerkennenden Mehrbedarfs darf jedoch die Höhe des maßgebenden Regelsatzes nicht übersteigen. 2002 lag der Regelsatz in Hessen für Haushaltsvorstand und Alleinstehende bei 294 EUR (sogenannter Eckregelsatz).

Erst wenn der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung von 2003 festliegt, wird in der Regelsatzverordnung (§ 22 BSHG) von den Ländern der neue Regelsatz festgelegt.

Für Betroffene können auch andere soziale Leistungen, wie z. B. Wohngeld oder Rundfunkgebührenbefreiung seitens der Grundsicherung in Frage kommen.

§ 4 Zuständigkeit

Zuständig für die Leistungen der Grundsicherung sind der Kreis oder die kreisfreie Stadt, in deren Bereich der Antragsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

§ 5 Informationen zur Grundsicherung

Der zuständige Rentenversicherungsträger informiert und berät die zur Sicherung des Lebensunterhalts Antragsberechtigten Personen, die **rentenberechtigt** sind, über die Leistungsvoraussetzungen und über das Verfah-

ren nach diesem Gesetz. Bei einer Rente, die unter dem Grundbetrag nach § 81 BSHG liegt, wird der Information zusätzlich ein Antragsformular für die Gewährung der Grundsicherung beigefügt. Der Rentenversicherungsträger übersendet den eingegangenen Grundsicherungsantrag mit einer Mitteilung über die Höhe der monatlichen Rente und über die Voraussetzungen des Antragsberechtigten an den zuständigen Träger der Grundsicherung. Auch Personen, die nicht rentenberechtigt sind, werden auf **Anfrage** informiert und beraten.

Besteht bei Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, kein Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung, so prüft der zuständige **Rentenversicherungsträger** auf **Ersuchen** und auf **Kosten** des zuständigen **Trägers** der **Grundsicherung**, ob die Voraussetzungen für die Gewährung von Grundsicherungsleistungen nach § 1 GSiG vorliegen. Dies ist dann gegeben, wenn volle Erwerbsminderung vorliegt, und es unwahrscheinlich ist, dass diese behoben werden kann.

Ersuchen in § 5 Abs. 2 GSiG bedeutet, dass der Träger der Rentenversicherung auf „Ersuchen des zuständigen Trägers der Grundsicherung“ feststellt, ob bei Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage volle Erwerbsminderung auf Dauer vorliegt, und dass es unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann. Der Grundsicherungsträger ist an die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers gebunden.

§ 6 Bewilligungszeitraum

Die Leistung der Grundsicherung wird in der Regel für den Zeitraum vom 1. Juli bis zum 30. Juni des Folgejahres bewilligt. Bei einer Änderung der Leistung beginnt der Bewilligungszeitraum am 1. **des** Monats, in dem die Voraussetzungen für die Änderung eingetreten und mitgeteilt worden sind.

§ 7 Zusammenarbeit der Träger

Die Träger der Rentenversicherung und die Träger der Grundsicherung arbeiten zur Umsetzung des Gesetzes zusammen und teilen sich gegenseitig die Angaben für die Durchführung des GSiG mit. Sie unterstützen Antragsberechtigte bei der Antragstellung.

§ 8 Statistik

Zur Beurteilung der Auswirkungen des GSiG und zu seiner Fortentwicklung werden Erhebungen über

1. die Empfänger und
2. die Ausgaben und Einnahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung als Bundesstatistik durchgeführt.

Berechnungsbeispiel für die Grundsicherung

Klaus D. ist 24 Jahre alt und seit 1 Jahr aufgrund seiner progredienten Erkrankung auf Dauer voll erwerbsgemindert. Er wohnt in Berlin in einer Zweieinhalbzimmerwohnung. Für diese zahlt K. 220 EUR Monatsmiete, sowie 55 EUR Heizkosten.

Auch für ihn gilt der Regelsatz von Berlin für einen Alleinstehenden mit 293 EUR. Hinzu kommt der 15 % ige pauschalierte Zuschlag, d. h. $293 \text{ EUR} + 43,95 \text{ EUR} = 336,95 \text{ EUR}$.

Damit ergibt sich für ihn insgesamt ein Bedarf von monatlich

336,95 EUR	Regelsatz inklusive pauschalierem Zuschlag
+ 220,00 EUR	Monatsmiete
+ 55,00 EUR	Heizkosten
<hr/>	
611,95 EUR	insgesamt als monatlicher Bedarf

Nun zu den Einnahmen von Herrn D. Er bekommt 580 EUR Erwerbsminderungsrente. Da sein Bedarf, wie oben dargelegt, mit 611,95 EUR höher ist als seine Einnahmen durch die Rente von 580 EUR, hat er Anspruch auf Grundsicherung. In diesem Fall erhält Klaus D. eine **Grundsicherung** von 31,95 EUR/Monat.

Dies ist nur ein Beispiel zur Veranschaulichung. Natürlich muss niemand die ihm zustehende Grundsicherung selbst ausrechnen.

Die Grundsicherung wird von Städten, Kreisen und Gemeinden bewilligt und ausgezahlt, nachdem geprüft worden ist, ob überhaupt Anspruch auf Grundsicherung besteht. Der Anspruchsberechtigte erhält hierdurch auch eine Aussage darüber, wie hoch sein Anspruch auf Grundsicherung ist.

Zusammenfassung der gesetzlichen Regelungen

Es ist hervorzuheben, dass die steuerfinanzierte Grundsicherung **keine Versicherungsleistung** ist, denn als neue eigenständige Sozialleistung ist sie **beitragsunabhängig**. Personen über 65 Jahre und Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, können Leistungen der Grundsicherung erhalten. Zum Beispiel können AIDS-Kranke unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage von der Grundsicherung profitieren, wenn sie nach Maßgabe des § 43 Abs. 2 SGB VI voll erwerbsgemindert sind. Dabei muss wahrscheinlich sein, dass die Erwerbsminderung nicht mehr behoben werden kann.

Die bedarfsorientierte Grundsicherung stellt auf die persönlichen Lebensverhältnisse ab. Sie steht einem anspruchsberechtigten Kreis von Personen zu, deren Bedarf, in Anlehnung an die Hilfe zum Lebensunterhalt, nach dem seit über 40 Jahren bestehenden BSHG ermittelt wird. Das Einkommen und Vermögen des Anspruchsberechtigten wird wie im BSHG auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet.

Sicherlich werden nicht alle Betroffenen, die für eine Grundsicherung in Frage kommen, auf zusätzliche Leistungen der Sozialhilfe verzichten können.

Ziel der Neuregelung durch das GSIG

Da nach Prof. Ruland, Geschäftsführer des VDR, etwa **1,4%** der über **65-jährigen** auf **ergänzende Sozialhilfe** angewiesen sind, spielt die Armut im Alter in Deutschland z.Zt. **keine** bedeutsame Rolle. Die Dunkelziffer von älteren Menschen, die ihre **Sozialhilfeansprüche nicht** wahrnehmen, **ist** aber **groß**. Die Gründe dafür sind vielfältig: Unkenntnis, Scham, Angst vor Behördengängen und sozialer Kontrolle und vor allem die Befürchtung, dass die Kinder in Regress genommen werden.

Mit der Neuregelung verfolgt der Gesetzgeber also das Ziel, alten und dauerhaft erwerbsgeminderten Menschen eine **eigenständige soziale Leistung** zur Deckung des grundlegenden Bedarfs für den Lebensunterhalt zur Verfügung zu stellen, so dass im Regelfall **keine** Sozialhilfe mehr in Anspruch genommen werden muss (§ 1 GSIG). Eine mögliche **Hemmschwelle** für die Inanspruchnahme der Grundsicherung wird dadurch vermindert, dass Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern bei Bedürftigkeitsprüfung unberücksichtigt bleiben, wenn deren Einkommen die Grenze von 100.000 EUR nicht überschreitet. Bei hohem Einkommen der unterhaltsverpflichteten Kinder und Eltern besteht für den Antrag-

steller **kein** Anspruch auf Leistungen der **Grundsicherung**.

Mit der **bedarfsorientierten Grundsicherung** als **neuer Sozialleistung** soll das Einkommen alter Menschen **aufgestockt** werden, deren Einkünfte für ein **menschenwürdiges Leben nicht** ausreichen.

Der Gesetzgeber will mit der Grundsicherung insbesondere dauerhaft voll erwerbsgeminderten AIDS-Kranken außerhalb der Sozialhilfe eine materielle Existenzgrundlage für **eine** würdige Lebensführung schaffen und sichern.

Die bedarfsorientierte Grundsicherungsleistung, die auf die persönlichen Lebensverhältnisse von Personen abgestellt ist, kommt nur den Personen zugute, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben.

Die Sicherung der **materiellen Existenzgrundlage** ist insbesondere für HIV- und AIDS-Kranke **die wesentliche Voraussetzung**

- **für** eine selbständige Lebensgestaltung ohne Abhängigkeit von nahen Angehörigen,
- **für** die Kontinuität der Lebensführung,
- **für** eine Motivation zur sozialen Aktivität und nicht zuletzt
- **für** die persönliche Zufriedenheit.

Da die soziale Absicherung bei voller Erwerbsminderung trotz einer Rente zur Sicherung des Lebensunterhalts für AIDS-Patienten oft nicht ausreicht und viele von ihnen auf zusätzliche finanzielle Leistungen angewiesen sind, muss die neue Grundsicherung Abhilfe schaffen. Mit der Grundsicherung wird es **dauerhaft voll erwerbsgeminderten AIDS-Erkrankten** wesentlich leichter fallen, ihre Ansprüche auf Sicherung des Lebensunterhalts zu verwirklichen.

Die **soziale Sicherung** der Frauen, die meist keine kontinuierliche Erwerbsbiographie, aber eine erhebliche Familienkomponente durch Kindererziehung haben, ist oft nicht gegeben. Der Grund hierfür ist, dass die Kindererziehung nicht ausreichend honoriert wird, obwohl die **Kindererziehungszeit** für die ab dem 01.01.1992 geborenen Kinder auf **drei Jahre** erhöht und die **Berücksichtigungszeit** der Kindererziehung auf **zehn Jahre** erweitert wurden. Kindererziehende Frauen werden deshalb auf zusätzliche Grundsicherungsleistungen angewiesen sein. Die Grundsicherung kann auch älteren Frauen, die nichts oder nicht viel in die Rentenversicherung eingezahlt haben, helfen.

Von der Grundsicherung **ausgeschlossen** sind ausländische Staatsangehörige, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, wie

z. B. Asylbewerber oder Ausländer, die im Sinne des Ausländerrechts nur geduldet sind.

Fazit

Durch die **Grundsicherung** können anspruchsberechtigte HIV-Erkrankte weiterhin oder wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Ihre Existenz ist so, wenn oft auch nur auf niedrigem Niveau, gesichert.

Literatur

1. Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2001, Teil I Nr.31, ausgegeben zu Bonn am 29. Juni 2001
2. Deutsche Rentenversicherung 11/2002. Aktivitäten der Rentenversicherung im Bereich des Grundsicherungsgesetzes, S. 606, 607
3. DAngVers 4/02. Der Weg zur bedarfsorientierten Grundsicherung, von Wolfgang Klingbeil, S. 129–136
4. Bundessozialhilfegesetz, mit Asylbewerberleistungsgesetz. Kommentar Kruse/Reinhard/Winkler. Verlag C. H. Beck, München 2002. GSIG S. 37–40
5. Leitfaden der Sozialhilfe von A–Z, Ausgabe 2002/2004

Informationen kann man bei folgenden Stellen erhalten:

AIDS:

AIDS-Hilfen; AIDS-Beratungsstellen der örtlichen Gesundheitsämter

Arbeitslosigkeit:

Arbeitsämter; Arbeitsloseninitiativen

Rechtsfragen:

Öffentliche Rechtsauskunft bei den örtlichen Amtsgerichten; Rechtsanwälte; Notare

Rente:

Rentenversicherungsanstalten (z. B. LVA, BfA); Rentenberatungsstellen, Versicherungsämter der Kommunen, Versicherungsäteste der Krankenkassenversicherungen

Sozialhilfe: örtliche Sozialämter, Sozialhilfeeinitiativen

Schulden:

Schuldnerberatungsstellen und -vereine

Schwerbehinderung:

örtliche Versorgungsämter

Wohnung:

örtliche Wohngeldstellen und Wohnungsämter

AIDS-Hilfe-Organisationen

In der folgenden Liste sind die wichtigsten auf AIDS spezialisierten Hilfsorganisationen aufgeführt.

Organisationen auf Bundesebene

Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Dieffenbachstr. 33
10967 Berlin
Internet: www.aidshilfe.de
E-Mail: dah@aidshilfe.de
Tel.: (030) 69 00 87-0
Fax: (030) 69 00 87-42

Deutsche AIDS-Stiftung

Markt 26
53111 Bonn
Tel.: (02 28) 60 46 90
Fax: (02 28) 60 46 999
E-Mail: info@aidstiftung.de
Internet: <http://www.aids-stiftung.de>

Positiv e.V. –

Projekt Bundesweite Positiventreffen

c/o Akademie Waldschlösschen
37130 Reinhausen bei Göttingen
Tel.: (055 92) 92 77-0
Fax: (055 92) 92 77-77

AIDS-Aufklärung e.V.

Heddenheimer Kirchstr. 14
60439 Frankfurt a. M.
Tel.: (069) 76 29 33
Fax: (069) 76 10 55
E-Mail: info@aidsaufklaerung.de

Örtliche Beratungsstellen:

(alphabetisch nach Städten geordnet)

AIDS-Hilfe Aachen e.V.

Zollernstr. 1 · 52070 Aachen
Tel.: (02 41) 53 25 58
Beratungs-Tel.: (02 41) 1 94 11
Fax: (02 41) 90 22 32

AIDS-Hilfe Westmünsterland e.V.

Marktstr. 16 · 48683 Ahaus
Tel.: (0 25 61) 97 17 36
Beratungs-Tel.: (07 00) 4 45 33-2 56
Fax: (0 25 61) 96 20 11
E-Mail: info@westmuensterland.aidshilfe.de
Internet: <http://westmuensterland.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Ahlen e.V.

Königstr. 9 · 59227 Ahlen
Tel.: (0 23 82) 31 93
Beratungs-Tel.: (0 23 82) 1 94 11
Fax: (0 23 82) 8 11 79
E-Mail: aids-hilfe-ahlen@t-online.de
Internet: <http://www.aidshilfe-online.de>

AIDS-Hilfe Amberg-Sulzbach e.V.

Münzgäßchen 3 · 92224 Amberg
Tel.: (0 96 21) 49 69 29

Augsburger AIDS-Hilfe e.V.

Alpenstr. 16 · 86159 Augsburg
Tel.: (08 21) 25 92 69-0
Beratungs-Tel.: (08 21) 1 94 11
Fax: (08 21) 25 92 69-5
E-Mail: info@augzburg.aidshilfe.de
Internet: <http://augzburg.aidshilfe.de>

Präventions Team Berlin e.V.

Peter Sauer · Kantstr. 50
10625 Berlin
Tel.: (0 30) 23 00 35 01, von 15–21 Uhr
Fax: (0 30) 23 00 35 02

Schwulenberatung & Kursiv e.V.

Mommsenstr. 45 · 10629 Berlin
Tel.: (0 30) 32 70 30 40
Beratungs-Tel.: (0 30) 1 94 49
Fax: (0 30) 32 70 30 41
E-Mail: Schwulenberatung@bln.de
Internet: <http://www.Schwulenberatungberlin.de>

Berliner AIDS-Hilfe e.V.

Meinekestr. 12 · 10719 Berlin
Tel.: (0 30) 88 56 40-0
Beratungs-Tel.: (0 30) 1 94 11
Fax: (0 30) 88 56 40-25
E-Mail: info@berlin.aidshilfe.de

Fixpunkt e. V. – Druckausgleich

Graefestr. 18 · 10967 Berlin
Tel.: (0 30) 6 92 91 98

Mann-O-Meter e.V.

Bülowstraße 6 · 10783 Berlin
Tel.: (0 30) 2 16 80 08
Fax: (0 30) 2 15 70 78
E-Mail: info@mann-o-meter.de
Internet: <http://www.mann-o-meter.de>

Mann-O-Meter e.V.

Motzstr. 5 · 10777 Berlin
Tel.: (0 30) 21 75 10 11
Fax: (0 30) 2 15 70 78
E-Mail: info@mann-o-meter.de
Internet: <http://www.mann-o-meter.de>

ZIK „Zuhause im Kiez“

Perleberger Str. 27 · 10559 Berlin
Tel.: (0 30) 3 98 96 00
Fax: (0 30) 3 98 96 01
E-Mail: zuhause@zik-gmbh.de

HIV gGmbH

Lilienthalstr. 28 · 10965 Berlin
Tel.: (0 30) 6 91 80 33
Beratungs-Tel.: (0 30) 1 94 11
Fax: (0 30) 6 94 33 49
E-Mail: hiv.ev@snafu.de
Internet: <http://www.snafu.de/~hiv.ev>

SUB/WAY Berlin e.V.

Nollendorfstr. 31 · 10777 Berlin
Tel.: (0 30) 2 15 57 59
Fax: (0 30) 21 75 60 49

FELIX gGmbH

Meinekestr. 12 · 10719 Berlin
Tel.: (0 30) 88 71 11-80
Fax: (0 30) 88 71 11-88

zukunft positiv

kursiv e.V./Schwulenberatung
Mommssenstr. 45
10629 Berlin (Charlottenburg)
Tel.: (0 30) 32 70 70 70
Fax: (0 30) 32 70 30 41
E-Mail: zukunftpositiv@bln.de
<<mailto:zukunftpositiv@bln.de>>
Internet: <<http://www.zukunftpositiv.de/>>

AIDS-Hilfe Bielefeld e.V.

Artur-Ladebeck-Str. 26 · 33602 Bielefeld
Tel.: (05 21) 13 33 88
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-5 21
Fax: (05 21) 13 33 69
E-Mail: info@aidshilfe-bielefeld.de
Internet: <http://www.aidshilfe-bielefeld.de>

AIDS-Hilfe Bochum e.V.

Bergstr. 115 · 44791 Bochum
Tel.: (02 34) 5 19 10
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 34
Fax: (02 34) 5 19 19
E-Mail: info@bochum.aidshilfe.de
Internet: <http://bochum.aidshilfe.de>

MADONNA e.V.

Gußstahlstr. 33 · 44793 Bochum
Tel.: 0 70 00-6 23 66 62
Fax: 07 00-6 23 66 62 39
E-Mail: username@madonna-ev.de

AIDS-Hilfe Bonn e.V.

Weberstr. 52 · 53113 Bonn
Tel.: (02 28) 94 90 90
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 66
Fax: (02 28) 9 49 09 30
E-Mail: ahb@aidshilfe-bonn.de
Internet: <http://www.aidshilfe-bonn.de>

Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.

Eulenstr. 5 · 38114 Braunschweig
Tel.: (05 31) 58 00 3-0
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-5 31
Fax: (05 31) 58 00 3-30

AIDS-Hilfe Bremen e.V.

Am Dobben 66 · 28203 Bremen
Tel.: (04 21) 70 28 18/19
Beratungs-Tel.: (04 21) 1 94 11
Fax: (04 21) 70 20 12

Rat & Tat

Theodor-Körner-Str. 1 · 28203 Bremen
Tel.: (04 21) 70 00 07
Beratungs-Tel.: (04 21) 70 41 70
Fax: (04 21) 70 00 09
E-Mail: aidberatung@ratundtat-bremen.de
Internet: <http://www.ratundtat-bremen.de>

Cellesche AIDS-Hilfe e.V.

Großer Plan 12 · 29221 Celle
Tel.: (051 41) 2 36 46
Beratungs-Tel.: (051 41) 1 94 11
Fax: (051 41) 2 36 46

AIDS-Hilfe Chemnitz e.V.

Hauboldstr. 6 · 09111 Chemnitz
Tel.: (03 71) 41 52 23
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 71
Fax: (03 71) 41 52 23

AIDS-Hilfe Coburg/Landkreis e.V.

Frau Doberstein
Neustadter Str. 3 · 96450 Coburg
Tel.: (0 95 61) 63 07 40
Fax: (0 95 64) 92 96 74 46

AIDS-Hilfe Darmstadt e.V.

Saalbaustr. 27 · 64283 Darmstadt
Tel.: (061 51) 280 73 -74
Beratungs-Tel.: (061 51) 1 94 11
Fax: (061 51) 280 76
E-Mail: info@darmstadt.aidshilfe.de
Internet: <http://darmstadt.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Nordschwaben e.V.

Peter Wimmer
Stadtmühlenfeld 32 · 86609 Donauwörth
Tel. (0906) 21 601
E-Mail: ahnordschwaben@tandem.com

AIDS-Hilfe Dortmund e.V.

Möllerstr. 15 · 44137 Dortmund
Tel.: (0231) 80 90 40
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 31
Fax: (0231) 80 90 425
E-Mail: info@aidshilfe-dortmund.de
Internet: <http://www.aidshilfe-dortmund.de>

AIDS-Hilfe Dresden e.V.

Bischofsweg 46 · 01099 Dresden
Tel.: (0351) 441 61 42
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 51
Fax: (0351) 80 4 44 90
E-Mail: info@aidshilfe-dresden.de
Internet: <http://www.aidshilfe.dresden.de>

AIDS-Hilfe Duisburg/Kreis Wesel e.V.

Friedenstr. 100 · 47053 Duisburg
Tel.: (0203) 66 66 33 0, 66 62 22
Fax: (0203) 6 99 84
E-Mail: ahdukw@debitel.net
Internet: <http://duisburg.gay-web.de/aids-hilfe>

AIDS-Hilfe Düsseldorf e.V.

Oberbilker Allee 310 · 40227 Düsseldorf
Tel.: (0211) 77 09 50
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 11
Fax: (0211) 7 70 95 27
E-Mail: info@duesseldorf.aidshilfe.de
Internet: <http://duesseldorf.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe für Kreise Pinneberg und Steinburg e.V.

Königstr. 34 · 25335 Elmshorn
Tel. (041 21) 31 020

AIDS-Hilfe Thüringen e.V.

Windthorststr. 43 a · 99096 Erfurt
Tel.: (0361) 7 31 22 33
Beratungs-Tel.: (0361) 3 46 22 97
Fax: (0361) 3 46 22 98
E-Mail: info@erfurt.aidshilfe.de
Internet: <http://erfurt.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Essen e.V.

Varnhorststr. 17 · 45127 Essen
Tel.: (0201) 1 05 37 00
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 01
Fax: (0201) 1 05 37 29
E-Mail: info@aidshilfe-essen.de
Internet: <http://www.aidshilfe-essen.de>

AIDS-Hilfe Flensburg e.V.

Südergraben 53 · 24937 Flensburg
Tel.: (0461) 2 55 99
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-4 61
Fax: (0461) 1 24 50
E-Mail: aidshilfe@foni.net
Internet: <http://www.aidshilfe-flensburg.de>

AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.

Friedberger Anlage 24 · 60316 Frankfurt
Tel.: (069) 40 58 68-0
Beratungs-Tel.: (069) 1 94 11
Fax: (069) 40 58 68 40
E-Mail: info@frankfurt.aidshilfe.de
Internet: <http://frankfurt.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Freiburg e.V.

Habsburgerstr. 79 · 79104 Freiburg
Tel.: (0761) 27 69 24
Beratungs-Tel.: (0761) 1 94 11
Fax: (0761) 28 81 12
E-Mail: aids-hilfe-freiburg@t-online.de
Internet:
<http://www.geocities.com/WestHollywood/6087/FAH.html>

AIDS-Hilfe Fulda e.V.

Friedrichstr. 4 · 36037 Fulda
Tel.: (06 61) 7 70 11
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-6 61
Fax: (0661) 24 10 11
E-Mail: aids-hilfe.fulda@t-online.de

AIDS-Hilfe Gelsenkirchen e.V.

Husemannstr. 39-41 · 45879 Gelsenkirchen
Tel.: (02 09) 2 55 26
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 09
Fax: (02 09) 20 91 66
E-Mail: aidshilfege@cityweb.de
Internet: <http://gelsenkirchen.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Gießen e.V.

Diezstr. 8 · 35390 Gießen
Tel.: (06 41) 39 02 26
Beratungs-Tel.: (06 41) 1 94 11
Fax: (06 41) 39 44 76
E-Mail: ah-gi@t-online.de

AIDS-Hilfe Goslar e.V.

Kniggenstr. 4 · 38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 4 25 51
Fax: (0 53 21) 39 66 97
E-Mail: aidshilfe.goslar@t-online.de

JES – Jugend-, Drogen- & AIDS-Hilfe

Bühringer Str. 18 · 91710 Gunzenhausen
Tel.: (0 98 31) 61 98 67
Fax: (0 98 31) 61 02 76

AIDS-Hilfe Gütersloh e.V.

Hohenzollernstr. 26 · 33330 Gütersloh
Tel.: (0 52 41) 22 13 44
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-5 24
Fax: (0 52 41) 23 80 55
E-Mail: AidshilfeGT@T-Online.de

Göttinger AIDS-Hilfe e.V.

Obere Karspüle 14 · 37073 Göttingen
Tel.: (05 51) 4 37 35
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-5 51
Fax: (05 51) 4 10 27
E-Mail: aids-hilfe.goettingen@t-online.de
Internet: <http://goettingen.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Hagen e.V.

Körnerstr. 82 · 58095 Hagen
Tel.: (0 23 31) 33 88 33
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 33
Fax: (0 23 31) 20 40 61
E-Mail: verwaltung@aidshilfe-hagen.de
Internet: www.aidshilfe-hagen.de

AIDS-Hilfe Halberstadt e.V.

Juri-Gagarin-Str. 19 · 38820 Halberstadt
Tel.: (0 39 41) 60 16 66
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 94
Fax: (0 39 41) 60 16 66

AIDS-Hilfe Halle e.V.

Böllberger Weg 189 · 06112 Halle/Saale
Tel.: (03 45) 5 82 12 70/71
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 45
Fax: (03 45) 5 82 12 73
E-Mail: info@halle.aidshilfe.de
Internet: <http://halle.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Hamburg e.V.

Paul-Roosen-Str. 43 · 22767 Hamburg
Tel.: (0 40) 3 19 69 81
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-0 40
Fax: (0 40) 3 19 69 84
E-Mail: info@aidshilfe-hamburg.de
Internet: <http://www.aidshilfe-hamburg.de/>

Hein & Fiete

Hamburgs schwuler Infoladen

Pulverteich 21 · 20099 Hamburg
Tel.: (0 40) 24 04 40
Beratungs-Tel.: (0 40) 24 03 33
Fax: (0 40) 24 06 75
E-Mail: info@heinfiete.de
Internet: <http://www.heinfiete.de>

IHHD e.V.

Bornstr. 32 · 20146 Hamburg
Tel.: (0 40) 45 03 70 57
Fax: (0 40) 45 03 70 57

BASIS-Projekt e.V.

Knorrest. 5 · 20099 Hamburg
Tel.: (0 40) 24 96 94
Fax: (0 40) 2 80 26 73
E-Mail: basisprojekt@t-online.de
Internet: <http://www.basis-projekt.de>

Michael-Stich-Stiftung

Postfach 30 52 90 · 20316 Hamburg
Tel.: (0 40) 2 35 71 13 20
Fax: (0 40) 3 57 113 21
E-Mail: info@michael-stich-stiftung.de

Palette e.V.

Schillerstr. 47–49 · 22767 Hamburg
Tel.: (0 40) 3 89 26 91
Fax: (0 40) 3 89 31 60

AIDS-Hilfe Hamm e.V.

Werler Str. 105 · 59063 Hamm
Tel.: (0 23 81) 55 75
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-23 81
Fax: (0 23 81) 55 76
E-Mail: peter.vaske@t-online.de
Internet: <http://hamm.aidshilfe.de>

SIDA e.V.

Stolzeinstr. 59 · 30171 Hannover
Tel.: (05 11) 66 46 30
Beratungs-Tel.: (05 11) 62 45 68
Fax: (05 11) 62 39 44
E-Mail: SIDA-e.V.Hannover@t-online.de

Hannöversche AIDS-Hilfe e.V.

Johannssenstr. 8 · 30159 Hannover
Tel.: (05 11) 3 60 69 60
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-5 11
Fax: (05 11) 36 06 96 66
E-Mail: aidshilfe.hannover@t-online.de
Internet: <http://hannover.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Westküste e.V.

Große Westerstraße 30 · 25746 Heide
Tel.: (04 81) 76 76
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-4 81
Fax: (04 81) 7 89 08 62

AIDS-Hilfe Heidelberg e.V.

Untere Neckarstr. 17 · 69117 Heidelberg
Tel.: (0 62 21) 16 17 00
Beratungs-Tel.: (0 62 21) 1 94 11
Fax: (0 62 21) 16 88 37
E-Mail: Aidshilfe-Heidelberg@t-online.de
Internet: <http://www.aidshilfe-heidelberg.de>

AIDS-Hilfe Unterland e.V.

Dammstr. 34/2 · 74076 Heilbronn
Tel.: (0 71 31) 8 90 64
Beratungs-Tel.: (0 71 31) 1 94 11
Fax: (0 71 31) 8 90 65

AIDS-Hilfe Herne e.V.

Reichsstr. 66 · 44651 Herne
Tel.: (0 23 25) 6 09 90
Fax: (0 23 25) 93 24 96

Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V.

Zingel 14 · 31134 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 13 31 27
Beratungs-Tel.: (0 51 21) 1 94 11
Fax: (0 51 21) 13 08 43
E-Mail: info@hildesheimer-aids-hilfe.de
Internet: <http://www.hildesheimer-aids-hilfe.de>

AIDS-Hilfe Kaiserslautern e.V.

Pariser Str. 23/Eingang Bleichstr.
67655 Kaiserslautern
Tel.: (06 31) 1 80 99
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-6 31
Fax: (06 31) 1 08 12
E-Mail: aidshilfe@Vereine.Kaiserslautern.de
Internet: <http://www.kaiserslautern.de/shg/aids/>

AIDS-Hilfe Karlsruhe e.V.

Stephanienstr. 84 · 76133 Karlsruhe
Tel.: (07 21) 2 62 60 o. 2 64 24
Beratungs-Tel.: (07 21) 1 94 11
Fax: (07 21) 2 51 98
E-Mail: ah.karlsruhe@t-online.de
Internet: <http://aidshilfe-karlsruhe.de>

AIDS-Hilfe Kassel e.V.

Motzstr. 4 · 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 1 085 15
Beratungs-Tel.: (05 61) 1 94 11
Fax: (05 61) 1 085 69
E-Mail: info@kassel.aidshilfe.de
Internet: <http://kassel.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Kiel e.V.

Knooper Weg 120 · 24105 Kiel
Tel.: (04 31) 5 70 5 80
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-4 31
Fax: (04 31) 5 70 58 28
E-Mail: info@aidshilfe-kiel.de
Internet: <http://www.aidshilfe-kiel.de>

AIDS-Hilfe Kreis Kleve e.V.

Lindenallee 22 · 47533 Kleve
Tel.: (0 28 21) 7 68 131
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 82
Fax: (0 28 21) 7 68 133
E-Mail: info@aids-kleve.de
Internet: <http://www.Aids-Kleve.de>

AIDS-Hilfe Koblenz e.V.

Löhrstr. 53 · 56068 Koblenz
Tel.: (02 61) 1 66 99
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 61
Fax: (02 61) 1 72 35
E-Mail: info@koblenz.aidshilfe.de

AIDS-Hilfe Konstanz e.V.

Münzgasse 29 · 78462 Konstanz
Tel.: (0 75 31) 2 11 13
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-7 53
Fax: (0 75 31) 1 50 29
E-Mail: aidshilfe.konstanz@t-online.de
Internet: <http://konstanz.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Krefeld e.V.

Rheinstr. 2-4 · 47799 Krefeld
Tel.: (0 21 51) 77 50 20
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-21 51
Fax: (0 21 51) 78 65 92
E-Mail: info@krefeld.aidshilfe.de
Internet: <http://krefeld.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Beethovenstr. 1 · 50674 Köln
Tel.: (02 21) 20 20 30
Beratungs-Tel.: (02 21) 1 94 11
Fax: (02 21) 23 03 25
E-Mail: info@koeln.aidshilfe.de
Internet: <http://koeln.aidshilfe.de>

Junkiebund Köln e.V.

In den Reihen 16 · 51103 Köln
Tel.: (02 21) 62 20 81
Fax: (02 21) 62 20 82

Schwips

Pipinstr. 7 · 50667 Köln
Tel.: (02 21) 92 57 68 11
Fax (02 21) 92 57 68 45
E-Mail: schwips@netcologne.de

AIDS-Hilfe Landau e.V.

Joachim Eitzenberger
Weißburger Str. 2b · 76829 Landau
Tel.: (0 63 41) 8 86 88
Beratungs-Tel.: (0 63 41) 1 94 11
Fax: (0 63 41) 8 43 86

AIDS-Hilfe Leipzig e.V.

Ossietzkystr. 18 · 04347 Leipzig
Tel.: (03 41) 2 32 31 26/7
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 41
Fax: (03 41) 2 33 39 68
E-Mail: info@leipzig.aidshilfe.de
Internet: <http://leipzig.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Leverkusen e.V.

Lichstr. 36 a · 51373 Leverkusen
Tel.: (02 14) 40 17 66
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 14
Fax: (02 14) 3 10 65 71
E-Mail: aids-hilfe-leverkusen@telelev.net

AIDS-Hilfe Emsland e.V.

Mühlenstiege 3 · 49808 Lingen
Tel.: (05 91) 5 41 21
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-5 91
Fax: (05 91) 5 86 02
E-Mail: AH.Emsland@t-online.de

Lübecker AIDS-Hilfe e.V.

Engelsgrube 16 · 23552 Lübeck
Tel.: (04 51) 7 25 51
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-4 51
Fax: (04 51) 7 07 02 18
E-Mail: aids-hilfe-luebeck@t-online.de

AIDS-Hilfe Lüneburg e.V.

Am Sande 50 · 21335 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 40 35 50
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-4 13
Fax: (0 41 31) 40 35 05
E-Mail: info@lueneburg.aidshilfe.de
Internet: <http://lueneburg.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt e.V.

Breiter Weg 213 · 39104 Magdeburg
Tel.: (03 91) 53 57 69-0
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 91
Fax: (03 91) 53 57 69-20/-23
E-Mail: Warminsky@aids-lsa.de
Internet: <http://www.AHLSA.de>

AIDS-Hilfe Mainz e.V.

Hopfengarten 19 · 55116 Mainz
Tel.: (0 61 31) 22 22 75
Fax: (0 61 31) 23 38 74

AIDS-Hilfe Mannheim/Ludwighafen e.V.

L 10, 8 · 68161 Mannheim
Tel.: (06 21) 2 86 00
Beratungs-Tel.: (06 21) 1 94 11
Fax: (06 21) 15 27 64
E-Mail: aids-hilfe@mannheim-netz.de
Internet: <http://www.contactpoint.de>

AIDS-Hilfe Marburg e.V.

Bahnhofstr. 27 · 35037 Marburg
Tel.: (0 64 21) 6 45 23
Beratungs-Tel.: (0 64 21) 1 94 11
Fax: (0 64 21) 6 24 14
E-Mail: info@marburg.aidshilfe.de
Internet: <http://marburg.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Memmingen Allgäu e.V.

Krautstr. 8 · 87700 Memmingen
Tel.: (0 83 31) 4 84 57
Beratungs-Tel.: (0 83 31) 1 94 11
Fax: (0 83 31) 98 10 89
E-Mail: aids-hilfe@t-online.de
Internet: <http://www.aids-hilfe.de>

AIDS-Hilfe im Märkischen Kreis e.V.

An der Stadtmauer 4 a · 58706 Menden
Tel.: (0 23 73) 1 20 94
Fax: (0 23 73) 97 30 47
Email: AH-MK@t-online.de
Internet: www.maerkischerkreis.aidshilfe.de

Münchner AIDS-Hilfe e.V.

Lindwurmstr. 71 · 80337 München
Tel.: (0 89) 54 46 47-0
Beratungs-Tel.:
(0 89) 1 94 11 o. 07 00-4 45 33-0 89
Fax: (0 89) 54 46 47-11
E-Mail: beratungsstelle@muenchner-aidshilfe.de
Internet: <http://www.muenchner-aidshilfe.de/>

AIDS-Hilfe Münster e.V.

Schaumburgstr. 11 · 48145 Münster
Tel.: (02 51) 6 09 60-0
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 51
Fax: (02 51) 6 35 55
E-Mail: Aids-Hilfe@muenster.de
Internet: <http://www.muenster.org/Aids-Hilfe/>

AIDS-Hilfe Mönchengladbach/Rheydt e.V.

Rathausstr. 13 · 41061 Mönchengladbach
Tel.: (021 61) 17 60 23
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 16
Fax: (021 61) 17 60 24
E-Mail: ah-mg@t-online.de
Internet: <http://www.aidshilfe-mg.de>

Elterninitiative HIV-betroffener Kinder e.V.

Poststr. 16 · 41334 Nettetal
Tel.: (021 57) 81 12 22
Fax: (021 57) 81 12 30
E-Mail: ehk@webarea.de
Internet: <http://www.webdesign-grethe.de/ehk>

Neubrandenburger AIDS-Hilfe in Rat u. Tat e.V.

Tilly-Schanzen-Str. 2 · 17033 Neubrandenburg
Tel.: (03 95) 5 44 17 41
Beratungs-Tel.: (03 95) 1 94 11
Fax: (0 395) 5 44 17 41

AIDS-Hilfe Neumünster e.V.

Wasbeker Str. 93 · 24534 Neumünster
Tel.: (0 43 21) 6 68 66
Beratungs-Tel.:
(0 43 21) 1 94 11 o. (07 70) 4 45 33-4 32
Fax: (0 43 21) 26 04 34
E-Mail: ahn@neumuenster.com
Internet: <http://www.neumuenster.com/aids-hilfe/>

AIDS-Hilfe Grafschaft Bentheim e.V.

Bentheimer Str. 35 · 48529 Nordhorn
Tel.: (0 59 21) 7 65 90
Beratungs-Tel.: (0 59 21) 1 94 11
Fax: (0 59 21) 7 65 90

AIDS-Hilfe Nürnberg-Erlangen-Fürth e.V.

Bahnhofstr. 13/15 · 90402 Nürnberg
Tel.: (09 11) 2 30 90 35
Beratungs-Tel.: (09 11) 1 94 11
Fax: (09 11) 23 09 03 45

AIDS-Hilfe Oberhausen e.V.

Langemarkstr. 12 · 46045 Oberhausen
Tel.: (02 08) 80 65 18
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 08
Fax: (02 08) 85 14 49
E-Mail: aidshilfe.ob@cityweb.de
Internet: <http://oberhausen.aidshilfe.de/>

AIDS-Hilfe Offenbach e.V.

Frankfurter Str. 48 · 63065 Offenbach
Tel.: (0 69) 88 36 88
Fax: (0 69) 88 10 43

AIDS-Hilfe Offenburg e.V.

Malergasse 1 · 77652 Offenburg
Tel.: (07 81) 7 71 89
Beratungs-Tel.: (07 81) 1 94 11
Fax: (07 81) 2 40 63

Oldenburgische AIDS-Hilfe e.V.

Bahnhofstr. 23 · 26122 Oldenburg
Tel.: (04 41) 1 45 00
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-4 41
Fax: (04 41) 1 42 22
E-Mail: oldenburgische.aids-hilfe@ewetel.net
Internet: <http://aidshilfe-oldenburg.de>

AIDS-Hilfe Kreis Olpe e.V.

Kampstraße 26 · 57462 Olpe
Tel.: (027 61) 4 03 22
Fax: (027 61) 27 34
Internet: <http://www.AIDS-Hilfe-Kreis-Olpe.de>

AIDS-Hilfe Osnabrück e.V.

Möserstraße 44 · 49074 Osnabrück
Tel.: (05 41) 80 10 24
Beratungs-Tel.: (05 41) 1 94 11
Fax: (05 41) 80 47 88
E-Mail: mail@aidshilfe-osnabrueck.de
Internet: <http://www.aidshilfe-osnabrueck.de>

AIDS-Hilfe Paderborn e.V.

Friedrichstr. 51 · 33102 Paderborn
Tel.: (0 52 51) 28 02 98
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-52 51
Fax: (0 52 51) 28 07 51
E-Mail: AIDS-Hilfe.Paderborn@t-online.de
Internet: <http://Paderborn.Aidshilfe.de/>

AIDS-Hilfe Pforzheim e.V.

Frankstr. 143 · 75172 Pforzheim
Tel.: (07231) 441110
Fax: (07231) 468682
E-Mail: ah-pforzheim@t-online.de
Internet: <http://www.ah-pforzheim.de>

AIDS-Hilfe Potsdam e.V.

Berliner Str. 49 · 14467 Potsdam
Tel.: (0331) 2801060
Beratungs-Tel.: 0700-44533-331
Fax: (0331) 2801070
E-Mail: info@potsdam.aidshilfe.de
Internet: <http://www.aidshilfe-potsdam.de>

AIDS-Hilfe Bodensee/ Oberschwaben e.V.

Frauenstr. 1 · 88212 Ravensburg
Tel.: (0751) 354072
Beratungs-Tel.:
(0751) 19411 o. 0174-5691795
Fax: (0751)/354077
E-Mail: AIDS-Hilfe.Ravensburg@web.de

AIDS-Hilfe Regensburg e.V.

Wollwürgergasse 25 · 93047 Regensburg
Tel.: (0941) 791266
Beratungs-Tel.: 0700-44533-941
Fax: (0941) 7957767
E-Mail: vorstand.ahr@gmx.de
Internet: <http://www.gay-in-regensburg.de/aidshilfe>

AIDS-Hilfe Kreis Steinfurt e.V.

Waltraud Rohlmann
Thiemauer 42 · 48431 Rheine
Tel.: (05971) 160280
Beratungs-Tel.: (05971) 19411
Fax: (05971) 1602824

AIDS-Hilfe Rostock im Rat und Tat e.V.

Leonhardstr. 20 · 18057 Rostock
Tel.: (0381) 453156
Beratungs-Tel.: 0700-44533-381
Fax: (0381) 453161
E-Mail: info@rostock.aidshilfe.de
Internet: <http://ratundtat.aidshilfe.de/>

AIDS-Hilfe Saar e.V.

Nauwieser Str. 19 · 66111 Saarbrücken
Tel.: (0681) 31112
Beratungs-Tel.: 0700-44533-681
Fax: (0681) 34252
E-Mail: info@saarbruecken.aidshilfe.de
Internet: <http://saarbruecken.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Schwäbisch Gmünd e.V.

Bocksgasse 23 · 73525 Schwäbisch Gmünd
Tel.: (07171) 932343
Beratungs-Tel.: 0700-44533-717
Fax: (07171) 932344
E-Mail: AH-GD@t-online.de

AIDS-Hilfe Schwäbisch Hall e.V.

Breslauer Weg 66 · 74523 Schwäbisch Hall
Tel.: (0791) 938160
Beratungs-Tel.: (0791) 19411
Fax: (0791) 938161
E-Mail: info@schwaebischhall.aidshilfe.de

AIDS-Hilfe Kreis Siegen-Wittgenstein e.V.

Sandstr. 12 · 57072 Siegen
Tel.: (0271) 22222
Beratungs-Tel.: 0700-44533-271
Fax: (0271) 54811
E-Mail: ah.siw@gmx.de o. ahsiw12@aol.com
Internet: <http://www.aids-hilfe-siegen.de>

AIDS-Hilfe im Kreis Soest e.V.

Siechenstr. 9 · 59494 Soest
Tel.: (02921) 2888
Beratungs-Tel.: 0700-44533-2921
Fax: (02921) 2883

AIDS-Hilfe Solingen Regenbogen e.V.

Weyerstr. 286 · 42719 Solingen
Tel.: (0212) 2333922
Beratungs-Tel.: (0212) 19411
E-Mail: ahsolingen@wrat.de

AIDS-Hilfe Stuttgart e.V.

Hölderlinplatz 5 · 70193 Stuttgart
Tel.: (07 11) 22 46 90
Beratungs-Tel.: (07 11) 1 94 11
Fax: (07 11) 2 24 69 99
E-Mail: Aids-Hilfe-Stuttgart@t-online.de
Internet: <http://ahs.home.pages.de>
Telefon-Hotline: (07 11) 1 20 41 44,
donnerstags von 17:00 – 20:00 Uhr
E-Mail-Beratung: AHS-HIV@t-online.de

AIDS-Hilfe Trier e.V.

Saarstr. 55 · 54290 Trier
Tel.: (06 51) 9 70 44-0
Beratungs-Tel.: (06 51) 1 94 11
Fax: (06 51) 9 70 44 12

AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.

Alte Poststr. 31 · 53840 Troisdorf
Tel.: (0 22 41) 9 79 99-7
Beratungs-Tel.: (0 22 41) 9 79 99-81
Fax: (0 22 41) 9 79 99-88
Internet: <http://www.aids-hilfe-rhein-sieg.de>

AIDS-Hilfe Tübingen-Reutlingen e.V.

Herrenberger Str. 9 · 72070 Tübingen
Tel.: (0 70 71) 4 99 22
Beratungs-Tel.:
(0 70 71) 1 94 11 o. 07 00-4 45 33-7 07
Fax: (07071) 44437
E-Mail: info@tuebingen.aidshilfe.de
Internet: <http://tuebingen.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau e.V.

Furftenbachstr. 14 · 89077 Ulm
Tel.: (07 31) 3 73 31
Beratungs-Tel.:
(07 31) 1 94 11 o. 07 00-4 45 33-7 31
Fax: (07 31) 9 31 75 27
E-Mail: info@aidshilfe-ulm.de
Internet: <http://www.aidshilfe-ulm.de>

AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V.

Herfingerstr. 47 · 59423 Unna
Tel.: (0 23 03) 8 96 05
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-23 03
Fax: (0 23 03) 25 79 95
E-Mail: info@unna.aidshilfe.de
Internet: <http://unna.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Weimar & Ostthüringen e.V.

Erfurter Str. 17 · 99423 Weimar
Tel.: (0 36 43) 85 35 35
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-3 64
Fax: (0 36 43) 85 36 36
E-Mail: info@weimar.aidshilfe.de
Internet: <http://weimar.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Sylt

Aktiv f. Nordfriesland e.V.

Kjeistr. 23 · 25980 Westerland
Tel.: (0 46 51) 92 76 90
Beratungs-Tel.: (0 46 51) 1 94 11
Fax: (0 46 51) 92 76 90

AIDS-Hilfe Wiesbaden e.V.

Karl-Gläsing-Str. 5 · 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 30 92 11
Beratungs-Tel.: (06 11) 1 94 11
Fax: (06 11) 37 72 13

Wilhelmshavener AIDS-Hilfe e.V.

Paul-Hug-Str. 60 · 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 11 49
Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-44 21
Fax: (0 44 21) 2 79 39
E-Mail: whv.aids-hilfe@gmx.de
Internet: <http://wilhelmshaven.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe West-Mecklenburg e.V.

Mühlenstr. 32 · 23966 Wismar
Tel.: (0 38 41) 21 47 55
Fax: (0 38 41) 21 47 55
E-Mail: info@wismar.aidshilfe.de
Internet: <http://wismar.aidshilfe.de>

AIDS-Hilfe Wolfsburg e.V.

Schachtweg 5a · 38440 Wolfsburg

Tel.: (053 61) 1 33 32

Beratungs-Tel.: (053 61) 1 94 11

Fax: (053 61) 29 15 21

E-Mail: Aids-Hilfe@wolfsburg.de

AIDS-Hilfe Wuppertal e.V.

Friedrich-Ebert-Str. 109–111 · 42117 Wuppertal

Tel.: (02 02) 45 00 03

Beratungs-Tel.: 07 00-4 45 33-2 02

Fax: (02 02) 45 25 70

E-Mail: aidshilfe@wtal.de

Internet: <http://www.aidshilfe.wtal.de>

AIDS-Hilfe Westsachsen e.V.

Hauptstr. 10 · 08056 Zwickau

Tel.: (03 75) 2 30 44 65

Beratungs-Tel.: (03 75) 29 33 00

Fax: (03 75) 3 53 13 70

E-Mail: info@zwickau.aidshilfe.de

Internet: <http://zwickau.aidshilfe.de>